

Gemeinden stimmen Aktientausch für neue IT-Firma zu

INFORMATIK Geht es nach den Gemeinden am Zürichsee, steht einer Elefantenhochzeit in der IT-Branche nichts im Weg. Die aus den früheren Ämtern für Informatik der Kantone St. Gallen und Zürich hervorgegangene Abraxas Informatik AG sowie die Verwaltungsrechenzentrum AG St. Gallen (VRSG) sollen fusionieren.

Mit dem Zusammenschluss von Abraxas und dem Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen soll der führende Anbieter von durchgängigen Informatiklösungen für die öffentliche Hand in der Schweiz entstehen.

Bis heute Mittwoch haben die Aktionäre der beiden Unternehmen Zeit, einem Aktientauschangebot zuzustimmen. Die beiden einzigen Aktionäre der Abraxas sind die Regierungen der Kantone St. Gallen und Zürich. Der grösste Aktionär der VRSG ist die Stadt St. Gallen. Diese drei haben einem Aktientausch der beiden Unternehmen bereits im Vorfeld der Fusionspläne zugestimmt. Die meisten der übrigen rund 130 Aktionäre der VRSG, darunter Gemeinden im Wahlkreis See-Gaster, aber auch in den Zürcher Bezirken Meilen und Horgen, wollen nach einiger Bedenkzeit dem Aktientausch zustimmen. Ausserhalb der Region hat als grössere Gemeinde nur die Stadt Chur das Tauschangebot abgelehnt, wie Radio SRF berichtet.

Urs Mettler (parteilos) beisst in den sauren Apfel. Der Gemeindepräsident von Uetikon am See hat dem Tauschangebot zugestimmt – obwohl er mit der Informationspolitik der VRSG gar nicht zufrieden war. Er bezeichnet sie als «schwach». Offen ist etwa, wie der Firmenwert der VRSG berechnet wurde. Im Antrag der VRSG an die Gemeinden heisst es: «Gemäss der durchgeführten (Stand alone)-Bewertung ist heute davon auszugehen, dass eine VRSG-Aktie effektiv rund zweimal so viel wert ist wie ihr Nominalwert von 1000 Franken.»

Transparent informiert

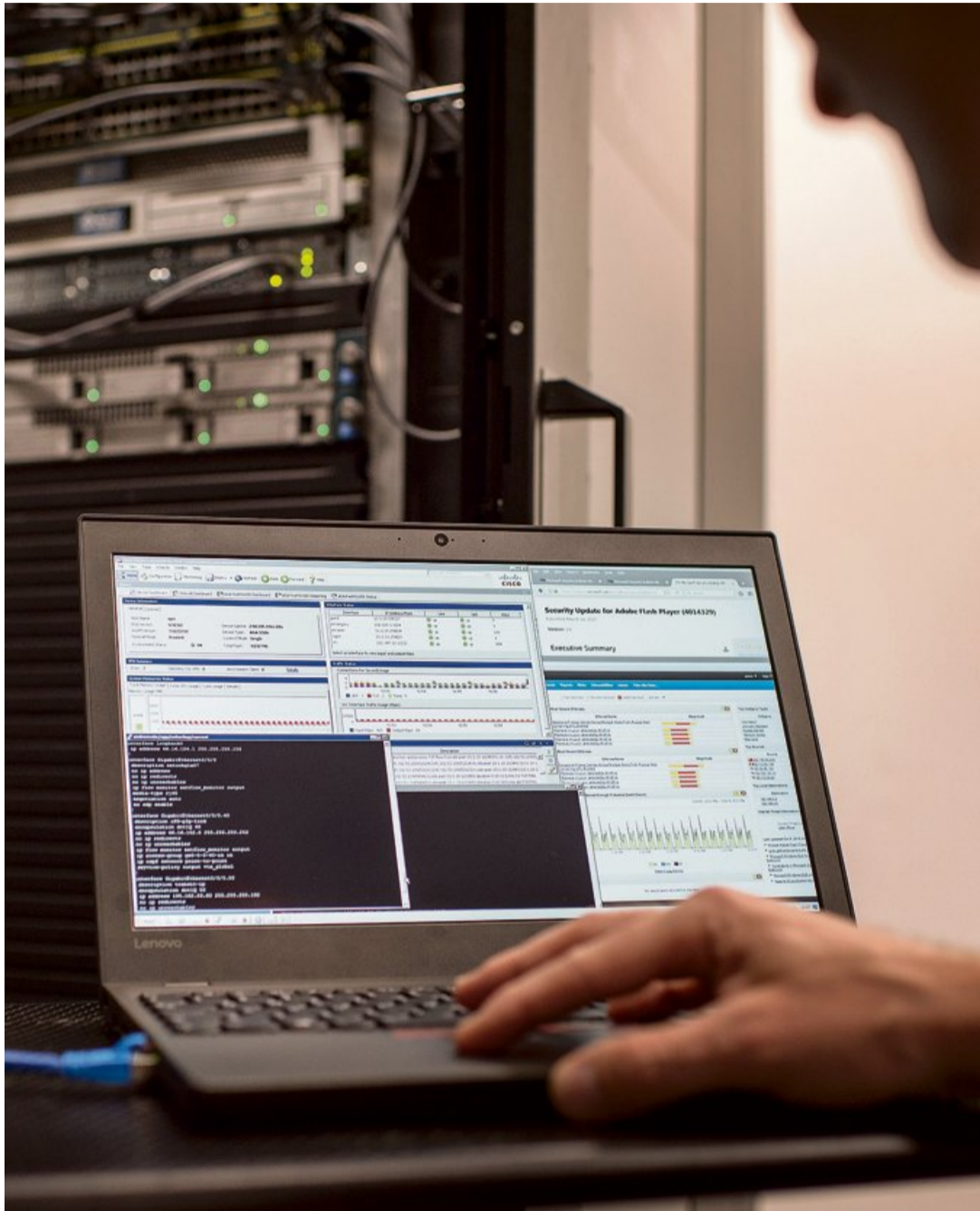
Die VRSG teilt auf Anfrage mit, die Aktionäre hätten im Bericht und Antrag zum Tauschangebot sowie im Geschäftsbericht 2016 der VRSG transparent Auskunft zur vorgesehenen Fusion und zur Geschäftstätigkeit der VRSG erhalten. «Aktionären, die mit zusätzlichen Fragen an uns gelangt sind, haben wir transparent geantwortet, sodass alle Aktionäre ihre Aktionärsrechte auf der Ba-

sis von fundierten Informationen ausüben können», schreibt das Unternehmen. Im Fall von Uetikon wurde der Gemeinde aber die Einsicht in die Grundlagenpapiere verweigert, mit dem Verweis auf das Geschäftsgeheimnis. Warum hat die Gemeinde Uetikon dem Aktientauschangebot trotzdem zugestimmt? «Weil der Verkehrswert der Aktien doppelt so hoch ist wie der Nominalwert», sagt Mettler. Hätte die Gemeinde dem Tauschangebot nicht zugestimmt, hätte sie also faktisch Geld verloren.

Die anderen von der ZSZ angefragten Gemeinden sind mit den Unterlagen zufrieden. «Die Informationen waren ausreichend und zweckdienlich», sagt Christian Holderegger, Gemeindepräsident von Uznach stellvertretend für andere. In Küsnacht ergänzt Gemeindeführerin Catrina Erb Pola jedoch: «Die Auswirkungen der Fusion – ob positiv oder negativ – können durch den Gemeinderat im Detail nicht abgeschätzt werden.»

Nahe bei den Gemeinden

Viele Gemeindeverwaltungen sind – nicht unumstritten – eng verknüpft mit der VRSG (siehe Box). Das zeigt das Beispiel Meilen. Beatrix Frey-Eigenmann (FDP), Kantons- und Gemeinderätin, ist auch im Verwaltungsrat des Unternehmens. Gemeindeführer Didier Mayenzet sagt zur kritisierten Informationspolitik: «Der Gemeinderat vertraut der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der VRSG.» Die Gemeinde sei überzeugt, dass sich das zusammengeschlossene Unternehmen im Markt durch die breite Erfahrung im Kerngeschäft der öffentlichen Verwaltungen und der dort verwendeten Lösungen abheben wird. Von Vorteil sei zudem, dass das Unternehmen in Schweizer Besitz bleibe «und dass nicht – wie bei zahlreichen grösseren ICT-Dienstleistern – ausländische Eigentümer oder Regierungen Zugriff oder Einfluss auf die Daten der öffentlichen Verwaltungen erhalten». Conradin Knabenhans



In der IT-Branche entsteht mit Abraxas und der VRSG ein neuer grosser Player für Verwaltungssoftware.

Keystone

VRSG GEGEN ABACUS

Über 80 Rechtsverfahren

Die VRSG ist in mehrere Rechtsverfahren im Kanton St. Gallen involviert. Hintergrund sind Klagen des Konkurrenzunternehmens Abacus gegen Vergaben von Software-Aufträgen in den St. Galler Gemeinden. Diese Verfahren seien bei der Wertbeurteilung der VRSG eingeflossen, teilt das Unternehmen mit. Wie das St. Galler Verwaltungsgericht auf Anfrage erklärt, sind einzelne

der rund 80 Verfahren bald spruchreif. Entscheide werden ab Herbst erwartet.

«Der Sachverhalt ist dem Stadtrat sehr gut bekannt, nicht zuletzt weil die Stadt eine beklagte Verfahrenspartei ist. Sie wurde in die Entscheidungsfindung miteinbezogen», sagt Martin Stöckli, Stadtpräsident von Rapperswil-Jona. «Dieser Sachverhalt spielte aber im gesamten

Kontext keine entscheidende Rolle», ergänzt er. Auch Rapperswil-Jona sagt Ja zum Aktientausch. Waren in Horgen die Rechtsverfahren ein Thema? Nein, sagt Schreiber Felix Oberhänsli, «da die Firma VRSG als Dienstleistungserbringerin für verschiedene Horgner Abteilungen bezüglich Service und Produktvielfalt grundsätzlich unbestritten bleibt». ckn

Chilbi schon am Freitag

OBERRIEDEN In Oberrieden ist bald wieder Chilbizeit. Obschon sich die Betriebszeiten geändert haben, setzen die Organisatoren beim Rest des Festes auf Bewährtes.

Anstelle des traditionellen Chilbimontags gibt es in Oberrieden dieses Jahr einen Chilbifreitag. Das dreitägige Fest wird am 1. September um 14 Uhr auf dem Schulhausplatz eröffnet. Sechs Festwirtschaften, fünf Bahnen, verschiedenste Stände von Marktfahrern und ortsansässigen Vereinen erwarten die Besucher.

Abgesehen von den neuen Betriebszeiten setzen die Organisatoren dieses Jahr auf Bewährtes. So wird auch am kommenden Wochenende, am Freitagabend und Samstagmittag, das Chilbischiesen durchgeführt.

Abschluss am Sonntag

Der letzte Chilbitag wird am Sonntagmorgen um 10 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst auf dem Autoscooter eingeläutet. Anschliessend veranstaltet der Oberriedner Gewerbeverein seinen Gewerbebrunch. Ab dem Mittag laufen dann wieder die Bahnen und die Besucher können noch ein letztes Mal durch die Marktstände schlendern. Um Mitternacht geht das Dorffest zu Ende.

Organisiert wird die Chilbi von der Gemeinde Oberrieden. Der verantwortliche Platzchef ist zum vierten Jahr in Folge Thomas Baumann. Da die Chilbi einer der wichtigsten Anlässe im Dorfleben sei, stelle die Planung und Durchführung des Festes immer eine Herausforderung dar, erzählt Baumann. «Die grösste Belohnung ist deswegen, wenn sich die Besucher und Betreiber über das Endresultat freuen.» ngr

Chilbi Oberrieden, Kirchstrasse/Schulhausplatz. Freitag, 1. September, 14 bis 2 Uhr, Samstag, 2. September, 9 bis 4 Uhr, Sonntag, 3. September, 10 bis 24 Uhr.

ETWAS GESEHEN?

Die Redaktion der «Zürichsee-Zeitung» erreichen Sie unter Telefon 044 718 10 20 und Mail redaktion.horgen@zsz.ch. red

Trotz Spardruck bleibt Wädenswil sauber

WÄDENSWIL In seiner Antwort auf die Anfrage der Grünen betreffend den Strassenunterhalt bekräftigt der Stadtrat, dass keine weiteren Blumenrabatten verschwinden werden. Die Reinigung mit der Fasnachtsgesellschaft war erfolgreich.

Die Sparmassnahmen und das sich damit verändernde Bild der Stadt Wädenswil sorgten im Frühjahr für Missstimmung in der Bevölkerung. Die Fasnächter ärgerten sich, dass sie die Strassenreinigung bezahlen müssen, und die Wädenswiler waren empört, als eine Blumenrabatte nach der anderen unter einer Asphaltdecke verschwand.

Daraufhin haben die Grünen eine schriftliche Anfrage beim Stadtrat eingereicht. Diese hat

der Stadtrat nun beantwortet. In seiner Antwort gibt er zu bedenken, dass die Stadt Wädenswil rund 10 000 Quadratmeter Strassenrabatten in unterschiedlichen Grössen und mit verschiedensten Bepflanzungen pflegt. Ebenso mehrere Grünflächen wie den Neuhofpark und den Rosenmattpark.

Fasnachtsgesellschaft griff zum Besen

Der Stadtrat bestätigt in seiner Antwort, dass das Aufheben der Blumenrabatten in Zusammenhang mit den Sparmassnahmen stehe. Gegen diese Veränderung haben die Grünen und Private rund 700 Unterschriften gesammelt. Am 11. April haben die Grünen eine entsprechende Petition dem Stadtrat übergeben. Eine Antwort darauf steht noch aus. Die

jetzt noch bestehenden Blumenrabatten würden nicht dem Spardruck zum Opfer fallen, bekräftigt der Stadtrat. Nicht bekannt ist ihm jedoch, wie teuer ein Rückbau der Rabatten wäre und wie viel die Entsorgung des Asphalts die Stadt Wädenswil kosten würde.

Mit 1000 Franken musste sich die Fasnachtsgesellschaft in diesem Jahr an der Strassenreinigung beteiligen und hat unterstützend selbst zum Besen gegriffen. Statt der 21 000 Franken, die im Schnitt jährlich für die Reinigungsarbeiten nach der Fasnacht ausgegeben wurden, hat sie die Stadt Wädenswil dieses Mal netto 7000 Franken gekostet. Reklamationen betreffend Sauberkeit nach der Fasnacht sind laut Stadtrat keine eingegangen. Und auch die wöchentlichen Reinigungstouren seien nicht reduziert worden. red

Antworten zum Energieplan

WÄDENSWIL Der Stadtrat liefert Antworten zur schriftlichen Anfrage der SP Wädenswil zur Energieplanung der Stadt.

Mit der Abstimmung vom 9. Februar haben die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, Zonen zu bestimmen, in denen erneuerbare Energieformen gefördert werden sollen. Die SP-Vertreter Wädenswils wollten in einer Interpellation vom 30. März wissen, ob der Stadtrat bereit ist, diese Option zur Förderung von erneuerbaren Energien zu nutzen, und welche Massnahmen er sich vorstellen kann.

Der Stadtrat beantwortete gestern die schriftliche Anfrage vom März. Aktuell überarbeite die Stadt Wädenswil den kommunalen Richtplan. Aufbauend auf die-

sem werde die Stadt ab 2018 eine Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) angehen. Im Rahmen dieser Revision sei auch die Förderung von erneuerbaren Energien klarer zu definieren, hält der Stadtrat fest.

Grösstes Energiesparpotenzial

Im aktuell überarbeiteten Richtplan werde neu unter den Zielen festgehalten, dass mit der Innenentwicklung der Energiebedarf im Sinne des Masterplans Energie 2020+ gesenkt werden soll.

Das grösste Energiesparpotenzial stecke im Gebäudebestand, schreibt der Stadtrat. In Wädenswil könnten gemäss einer Studie aus dem Jahre 2013 rund 50 Prozent der Energie im Gebäudebereich eingespart werden, wenn diejenigen Gebäude saniert

würden, die im Zeitraum von 1920 bis 1980 erstellt worden sind. Deshalb sei es nach Ansicht des Stadtrats wichtig, Anreize zu energetischen Sanierungen der Gebäude anzustreben.

In der BZO können allgemeine Vorschriften zu energetischen Themen und zonenspezifische Vorgaben aufgenommen werden. Um die im Masterplan verankerten energiepolitischen Ziele zu erreichen, könnte beispielsweise über einen Nutzungsbonus ein Anreizsystem zur energetischen Sanierung bestehender Gebäude mit erneuerbaren Energien in der BZO verankert werden. Die genauen Anreize und Fördermassnahmen «müssen jedoch zuerst im Rahmen der BZO-Revision detailliert erarbeitet und diskutiert werden», hält der Stadtrat fest. red